

GLOBALISIERUNG

Feindliche Übernahme

Gegen die Vereinnahmung durch etablierte Parteien und linke Splittergruppen wehrt sich das Polit-Netzwerk Attac, das bekannteste Bündnis von Globalisierungskritikern in Deutschland. Attac will den SPD-Bezirk Hessen-Süd



PETER JUELICH

Attac-Demonstranten (in Brüssel)

ausschließen, der erst im vergangenen November eingetreten war. Politische Parteien sollen künftig nicht mehr stimmberechtigte Mitglieder werden können. „Unsere Mitgliedschaft war ein Hilfsangebot und keine feindliche Übernahme“, wundert sich der SPD-Hessen-Süd-Vorsitzende Gernot Grumbach. Attac, dessen Mitgliederzahl sich seit den Straßenschlachten beim Weltwirtschaftsgipfel von Genua im Juli vergangenen Jahres auf 4500 verzehnfacht hat, grenzt sich auch gegen Unterwanderung von links außen ab: Nachdem die trotzkistische Organisation „Linksruck“ kürzlich ihre Mitglieder dazu aufrief, sich Attac anzuschließen, um „in der Bewegung eine revolutionäre Arbeiterpartei aufzubauen“, verlangen die Globalisierungskritiker von den Trotzlisten nun, die „organisierte Form der Mitarbeit und Mitgliederwerbung in Attac einzustellen“.

HOCHSCHULEN

Fakten für Forscher

Im Streit um das neue Hochschuldienstrecht, das jungen Akademikern über den Einstieg als „Juniorprofessor“ den Weg in die Lehre erleichtern soll, geht Bildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) in die Offensive. Ab Mitte Februar soll eine Info-Kampagne (Motto: „Fakten statt Verunsicherung“) das Image der heftig kritisierten Regelung aufpolieren. Das im vergangenen November vom



MICHAEL MEYBORG / SIGNUM / LAIF

Ordentlicher Professor im Ornat

Bundestag geänderte Zeitvertragsrecht, bislang wegen der fehlenden Unterschrift des Bundespräsidenten nicht in Kraft, löste erhebliche Proteste beim akademischen Nachwuchs aus. Die neuen Juniorprofessoren, so die Kritiker, könnten Wissenschaftler verdrängen, die die bislang übliche Professorenlaufbahn eingeschlagen, aber noch keine Festanstellung

haben. „Niemand wird wegen der Gesetzesänderung aus laufenden Verträgen entlassen“, heißt es dagegen aus dem Ministerium, „mit der Kampagne wollen wir solchen Ängsten entgegenwirken.“ Das scheint nötig: Die kürzlich eingerichtete Telefon-Hotline ist überlastet und soll personell verstärkt werden.

Zitate

„Warum lasst ihr nicht Deutschland den Deutschen?“

Norbert Geis, rechtspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, in der TV-Sendung des Talkmasters Michel Friedman zur Verteidigung von Edmund Stoibers Warnung vor einer „durchrassten Gesellschaft“.

„Die Aufdringlichkeit, mit der sich Homosexuelle öffentlich prostituieren, ist nur noch schwer zu ertragen ... Der Verlust der sexuellen Scham aber ist immer ein Zeichen von Schwachsinn, wie es Freud formuliert hat.“

Geis in einem Aufsatz, den er nach Einstellung eines Verfahrens wegen Verleumdung wieder auf seiner Internet-Seite verbreitet.